



Petition 181936

Bürgerliches Recht - Anpassung gesetzlicher Fristen an die veränderten Zustellzeiten der deutschen Post

Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, die gesetzlichen Fristen für rechtlich relevante Schreiben (Mahnungen, Widersprüche, Zahlungsziele und sonstige fristgebundene Rechtsgeschäfte) an die aktuell verlängerten Brieflaufzeiten der deutschen Postdienstleister anzupassen.

Begründung

Ausgangslage
Die Deutsche Post AG hat ihre Zustellstandards in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Während Briefe früher innerhalb von 1-2 Werktagen zugestellt wurden, beträgt die Regelzustellzeit heute bis zu 4 Werktagen. In der Praxis kommt es häufig zu noch längeren Laufzeiten von einer Woche oder mehr.

Rechtliche Problematik

Viele gesetzliche und vertragliche Fristen basieren noch auf den früheren, kürzeren Postlaufzeiten:

Mahnverfahren: Die Frist zur Reaktion auf Mahnbescheide
Widerspruchsfisten: Insbesondere bei behördlichen Bescheiden
Zahlungsfristen: Bei Rechnungen und Forderungen
Kündigungsfristen: Bei Verträgen mit Briefzustellung
Rechtsmittelfristen: Bei gerichtlichen Entscheidungen

Folgen für Bürgerinnen und Bürger

Die Diskrepanz zwischen gesetzlichen Fristen und tatsächlichen Zustellzeiten führt zu:

Rechtsnachteilen: Bürger können unverschuldet Fristen verpassen
Erhöhtem Kostendruck: Notwendigkeit teurer Einschreiben oder Expresszustellung
Rechtsunsicherheit: Unklare Fristberechnung bei verspäteter Zustellung
Benachteiligung strukturschwacher Regionen: Längere Laufzeiten in ländlichen Gebieten

Geforderte Maßnahmen

Gesetzliche Mindestfristen für fristgebundene Rechtsgeschäfte um mindestens 6-8 Werkstage verlängern
Zustellfiktion erst nach realistischen Laufzeiten (7 Werkstage statt bisher 3)
Schutzbestimmungen für Verbraucher bei nachweislich verspäteter Zustellung
Übergangsregelungen für laufende Verfahren